



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

13. Sitzung (öffentlich)

11. Mai 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Einführung von Familienzentren in NRW	2
Einem Bericht durch Minister Laschet schließt sich eine kurze Aussprache an.	
2 Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung	7
Antrag auf Behandlung eine Volksinitiative gem. Art. 67 a der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen Beratungsunterlage Vorlage 14/268 Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative gem. § 4 Abs. 5 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid, Herr Martin Wonik, Stellvertreter Herr Wilhelm Müller Der Ausschuss hört die Vertrauenspersonen Martin Wonik und Wilhelm Müller an.	

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/207
Ausschuss für Generationen, Familie und Integration		11.05.2006
13. Sitzung (öffentlich)		sl-be

Seite

3 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG) 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1149

Ausschussprotokoll 14/172

weitere Stellungnahme 14/351

Zuschrift 14/269

Die Auswertung der Anhörung sowie die abschließende Beratung und Abstimmung werden einvernehmlich auf die außerordentliche Sitzung am Donnerstag, 18. Mai 2006, verschoben.

4 80.000 Betreuungsplätze bis 2010 schaffen - Ausbau der Betreuung von Unter-Dreijährigen beschleunigen 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/195

Ausschussprotokoll 14/114

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/195 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

5 Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006 21

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1548

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Verfahrensabsprache im Rahmen eines Obleutegesprächs durchzuführen.

6 Grundüberlegungen des Generationenministeriums für ein Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich (siehe Anlage) 21

Einem Bericht des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration schließt sich eine Aussprache an.

7	Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (1. Schulrechtsänderungsgesetz)	23
----------	--	-----------

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569
Ausschussprotokoll 14/137

Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/569 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion in Abwesenheit der Grünen-Fraktion angenommen.

8	Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)	24
----------	---	-----------

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1572

Der Gesetzentwurf der Landesregierung passiert den Ausschuss ohne weitere Aussprache.

9	Bundeseinheitlichkeit von Einbürgerungsverfahren herstellen - Nordrhein-Westfalen erteilt CDU/CSU-Innenministern Absage für zusätzliche Tests, Fragebögen oder Kurse	24
----------	---	-----------

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1427

Der Ausschuss stimmt lediglich über die Antragsformulierung des ersten Spiegelstrichs im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/1427 ab. Dieser Spiegelstrich wird abgelehnt.

10	Endlich Transparenz bei EU-Agrarsubventionen!	26
-----------	--	-----------

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1560

Der Ausschuss verständigt sich mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion darauf, kein Votum abzugeben.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/207
Ausschuss für Generationen, Familie und Integration		11.05.2006
13. Sitzung (öffentlich)		sl-be

Seite

11 Keine Agro-Gentechnik in NRW

27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1559

Der Antrag der Grünen-Fraktion Drucksache 14/1559 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion abgelehnt.

3 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1149

Ausschussprotokoll 14/172

weitere Stellungnahme 14/351

Zuschrift 14/269

Britta Altenkamp (SPD) erinnert an Ihre Ausführungen vor Eintritt in die Tagesordnung. Es sei gutes Recht Ihrer Fraktion, eine Verschiebung der Abstimmung zu Änderungsanträgen der Koalition zu beantragen. Die Anhörung an und für sich könne heute ausgewertet werden.

Ausschussvorsitzende Andrea Milz resümiert die bisherigen Wortmeldungen, nach denen das Votum erst in der außerordentlichen Sitzung am kommenden Donnerstag gefasst werden solle.

Im Interesse der Einheitlichkeit, plädiert **Marie-Theres Kastner (CDU)**, sollten die Auswertung der Anhörung und der Abstimmung am Donnerstag vorgenommen werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem einvernehmlich zu. - Ausschussvorsitzende Andrea Milz erinnert daran, die Fraktionsvorsitzenden müssten über das Verfahren informiert werden.

4 80.000 Betreuungsplätze bis 2010 schaffen - Ausbau der Betreuung von Unterdreijährigen beschleunigen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/195

Ausschussprotokoll 14/114

Ausschussvorsitzende Andrea Milz fasst das bisherige Beratungsverfahren zusammen. In seiner heutigen Sitzung werde der Ausschuss abschließend beraten.

Während der Anhörung hätten zahlreiche Sachverständige in Zweifel gezogen, legt **Britta Altenkamp (SPD)** dar, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen mit 80.000 Plätzen noch ausreichend beziffert sei. Deshalb habe ihre Fraktion im Jahre 2006 auch mehr Mittel für die U3-Betreuung beantragt. Im Zuge der Entwicklung des Elterngeldes werde noch schneller höherer Druck auf die Infrastruktur der Betreuung der Unterdreijährigen

